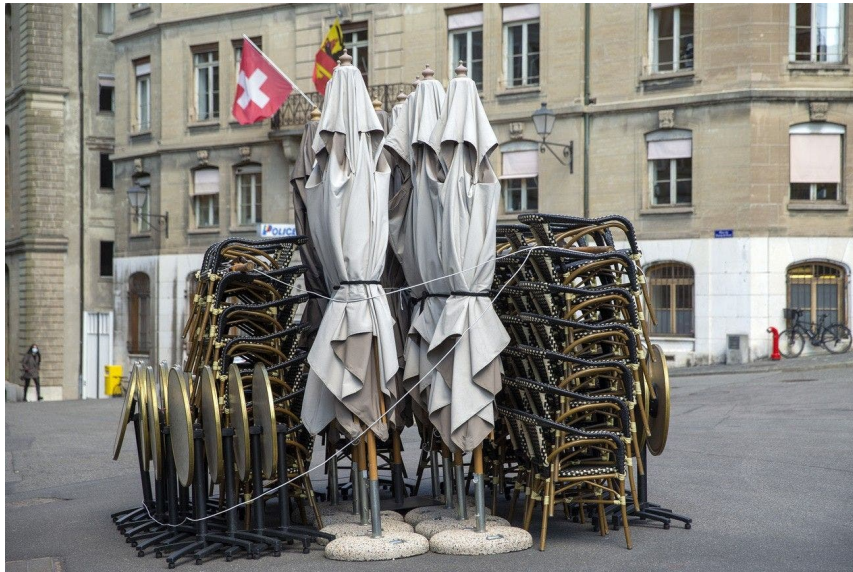


Die Schweiz in der Corona-Endlosschleife

Stehen der Schweiz zwei weitere Winter unter dem Corona-Regime bevor? Geht es nach dem Bundesrat, soll das Parlament das Covid-Gesetz im Dringlichkeitsverfahren bis 2024 verlängern. Ein Komitee hält mit der «Giacometti-Initiative» dagegen.

Katharina Fontana

20.09.2022, 05.30 Uhr



Im ersten Corona-Winter, 2020, schloss der Bundesrat Restaurants und Läden.

Salvatore Di Nolfi / Keystone

Die kalte Jahreszeit rückt näher und damit auch die Frage, wie die Schweiz den dritten Winter mit dem Coronavirus angehen will. Im ersten Winter, 2020, galt im Land die «besondere Lage», der Bundesrat schloss Läden und Beizen, setzte Obergrenzen für private Treffen fest, verordnete die Maskenpflicht und vieles mehr. Die Intensivpflegeplätze waren knapp, und die Stimmung war gereizt.

Den zweiten Winter, 2021, verbrachte das Land ebenfalls in der «besonderen Lage», es gab neu die Impfung, der Bundesrat setzte auf das Covid-Zertifikat und schloss Impfunwillige vom gesellschaftlichen Leben aus. Die Intensivpflegeplätze waren noch knapper als im Jahr zuvor, und die Stimmung war noch gereizter. Im Februar 2022 war das Größte überstanden, der Bundesrat hob die Zertifikatsregelung im Inland auf. Ende März fielen die letzten Einschränkungen, und man wechselte in die «normale Lage».

Covid-Gesetz als rotes Tuch

Seither herrscht in der Schweiz in Sachen Corona mehrheitlich Ruhe – anders etwa als in Deutschland, wo seit Wochen mit Hingabe über neue Massnahmen und Grundrechtseingriffe gestritten wird. Doch nun rüstet sich auch die Schweiz für die kommende Zeit, zumindest was das rechtliche Instrumentarium angeht. So wird der Nationalrat in der laufenden Session als Erstrat darüber entscheiden, ob das Covid-Gesetz verlängert werden soll.

Das Gesetz ist namentlich für staatskritische Geister ein rotes Tuch. Ursprünglich sollte es für die Notverordnungen des Bundesrates, die dieser zu Beginn der Pandemie beschlossen hatte, eine rechtliche Grundlage nachliefern und war mit Ausnahme vereinzelter Bestimmungen bis Ende 2021 befristet. Seither wurde es mehrfach geändert, zudem wurde seine Geltungsdauer bis Ende Dezember 2022 verlängert.

Das Gesetz verleiht dem Bundesrat eine beachtliche Machtfülle – eine viel zu grosse, meinen die Kritiker. Namentlich die vom Bundesrat beschlossene schrittweise Ausweitung der Zertifikatspflicht (2-G-Regel) und der damit aufgesetzte Impfdruck sorgten im vergangenen Jahr für höchst emotionale Debatten. Zwei Mal wurden die Stimmberechtigten an die Urne gerufen, weil Bürgerbewegungen, allen voran die Freunde der Verfassung, nachträglich das Referendum gegen das dringlich in Kraft gesetzte Covid-Gesetz ergriffen hatten. Die Mehrheit der Stimmenden befand, dass es die Gesetzesregelungen brauche, um die Gesundheitskrise zu bewältigen.

Nun, im September 2022, stellt sich die Frage, ob es die Regelungen noch immer braucht. Ja, sagt der Bundesrat. Das Gesetz enthalte wichtige Bestimmungen, die auch künftig gelten müssten, beispielsweise zur Beschaffung von medizinischen Gütern, zum Schutz vulnerabler Arbeitnehmer oder im Bereich der Einreisevorschriften.

Weiteres Referendum gegen das Zertifikat

In der Bevölkerung umstrittener ist die Frage, wie es um die Fortführung des Zertifikats steht, das über die Impfung, die Genesung oder ein Testresultat Auskunft gibt. Der Bundesrat argumentiert, dass das im Covid-Gesetz vorgesehene Zertifikat für die Reisefreiheit erforderlich sei und der entsprechende Artikel deshalb weiterhin gelten müsse. Ob er das Zertifikat diesen Winter wiederum im Inland einsetzen will, um den Zugang zu Restaurants, Kinos, Museen oder Sportklubs einschränken zu können, dazu äussert er sich hingegen nicht. Klar ist: Wird das Covid-Gesetz bis Mitte 2024 verlängert, wie dies der Bundesrat dem Parlament beantragt, dann könnte die Zertifikatspflicht in den nächsten beiden Wintern wieder angeordnet werden.

Im Parlament stellt sich einzig die SVP a priori gegen die Verlängerung. Für die Volkspartei ist Corona kein Thema mehr. Die Weiterführung eines blossen Reisezertifikats könne man auf andere Weise sicherstellen, dazu brauche es das Covid-Gesetz nicht, heisst es. Der nochmalige Einsatz des Zertifikats im Inland kommt für die SVP ohnehin nicht infrage. Die Freisinnigen tendieren dazu, das Covid-Gesetz bis im Sommer 2023 zu befristen. Die anderen Parteien schliessen sich dagegen dem Bundesrat an und finden, dass es mindestens bis Mitte 2024 gelten soll. Die Freunde der Verfassung sehen das komplett anders und haben bereits angekündigt, die Verlängerung des Covid-Gesetzes und das «diskriminierende und nutzlose Covid-Zertifikat» ein weiteres Mal mit dem Referendum zu bekämpfen.

Verhindern können sie die Verlängerung indes kaum, denn das Parlament wird diese voraussichtlich wiederum im Dringlichkeitsverfahren beschliessen. Dringlich heisst: Die Verlängerung tritt sofort in Kraft, ohne dass die 100-tägige Referendumsfrist abgewartet wird. Möglich wäre einzig ein nachträgliches Referendum, irgendwann im nächsten Jahr. Dieses Vorgehen – die dringliche Verlängerung eines dringlich beschlossenen und mehrfach dringlich geänderten Gesetzes – behagt nicht allen. Grundsätzlicher Widerstand kommt von Alexandre Zindel, Jurist mit Bündner Wurzeln, der schon letztes Jahr zusammen mit anderen Juristen gegen die 2-G-Zertifikatspflicht protestiert hatte. Er möchte den Griff zum Dringlichkeitsrecht generell unattraktiver machen.

Dringliche Gesetze schaffen Fakten

Zindel hat Anfang Jahr eine eidgenössische Volksinitiative gestartet, die verlangt, dass dringlich erklärte Bundesgesetze zwingend einer Volksabstimmung unterstellt werden. Das heisst, niemand muss Unterschriften sammeln, der Urnengang ist obligatorisch. Innert 100 Tagen nach Annahme im Parlament müssen Volk und Stände das entsprechende Gesetz gutheissen, sonst tritt es ausser Kraft. Es gehe ihm nicht in erster Linie um das Covid-Gesetz, sondern um die Wahrung des Referendumsrechts, sagt Zindel: Wenn man erst Monate später über einen Erlass abstimmen könne, sei die Sache meist schon gelaufen, die Bevölkerung habe sich an die neue Regelung gewöhnt.

Diesen Schluss legt auch die Abstimmungspraxis nahe: So werden Referendumsvorlagen ungleich häufiger gutgeheissen, wenn nachträglich über sie abgestimmt wird, während Vorlagen, die dem normalen aufschiebenden Referendum unterstehen, an der Urne einen deutlich schwereren Stand haben. Dies lässt annehmen, dass Bundesrat und Parlament mit dringlich erklärten Bundesgesetzen Fakten schaffen und die Ausgangslage zu ihren Gunsten verändern.

Sein Anliegen habe nichts mit Links oder Rechts zu tun, meint Zindel. Er selber sei politisch ein unbeschriebenes Blatt und treibe die Initiative ohne grosse Organisation im Rücken voran. Von den Parteien erhofft er sich nicht allzu viel; sie seien nicht ernsthaft an der Stärkung der Volksmitsprache interessiert, befürchtet er.

Ein Giacometti reicht nicht

Zindel hat dem Anliegen den Namen «Giacometti-Initiative» gegeben – in Anlehnung an den grossen liberalen Staatsrechtsprofessor Zaccaria Giacometti, der während des Zweiten Weltkriegs an der Universität Zürich gelehrt und mit Vehemenz das Vollmachtenregime des Bundesrats kritisiert hatte. Zindel holte zu diesem Zweck einen Verwandten von Zaccaria Giacometti, Marco Giacometti aus dem bündnerischen Stampa, als Präsidenten ins Initiativkomitee.

Die Bundeskanzlei mochte sich dem Titelwunsch des Initianten allerdings nicht anschliessen, egal, ob ein Giacometti das Komitee präsidiert oder nicht. Offiziell trägt das Anliegen nun die schmucklose Bezeichnung «Volk und Stände entscheiden über dringlich erklärte Bundesgesetze!». Dass Zindel und seine Mitstreiter bis Mitte 2023 die nötigen Unterschriften zusammenbringen werden, ist keineswegs sicher; staatspolitische Anliegen sind in der Regel keine Zugpferde. Für die anstehende Verlängerung des Covid-Gesetzes kommt die Initiative ohnehin zu spät. Für Denkanstösse ist sie aber allemal gut.

Passend zum Artikel

Liechtensteiner lehnen 2-G-Gesetz an Volksabstimmung ab

18.09.2022



PRO

Axpo-Rettung per Notrecht: Wie sich die Demokratie im Dauerkrise-Modus schleichend verändert

12.09.2022



Mehr von Katharina Fontana (fon)

[Weitere Artikel >](#)



KOMMENTAR

Frauen gegen Männer bei der AHV: Die falsche Geschlechterdebatte zeigt Wirkung

14.09.2022



Nein zur Verfassungsjustiz: Der Ständerat will keinen Richterstaat

13.09.2022



Feministische Aussenpolitik: Comeback der Geschlechterklischees

27.08.2022



Frühfranzösisch und integrative Schule: «Niemand will zugeben, dass man einen Fehler gemacht hat»

18.08.2022

Politikfinanzierung: Links-grüne Organisationen könnten die Gewinner sein

16.08.2022



Mehr zum Thema Coronavirus

Alle Artikel zum Thema >

Zahl der Intensivpatienten sinkt weiter – und alles Weitere zu Corona in Deutschland in 20 Grafiken

Aktualisiert 19.09.2022



INTERAKTIV

Wo geimpfte und ungeimpfte Schweizer jetzt Ferien machen können

Aktualisiert 19.09.2022



Unfall von Quarantäne-Bus mit 27 Toten verstärkt in China den Unmut über die Null-Covid-Strategie der Regierung

19.09.2022



Die wichtigsten Daten und Fakten zum Coronavirus weltweit in Grafiken

Aktualisiert 19.09.2022



INTERAKTIV

So schnell impft die Welt gegen Corona

Aktualisiert 19.09.2022



KURZMELDUNGEN

Deutschland: Erneut keine Überfluggenehmigung für die Bundeswehr in Mali

17.09.2022



Für Sie empfohlen

Weitere Artikel >

KURZMELDUNGEN

**Kultur: Hollywood-
Schauspieler Henry
Silva mit 95 Jahren
gestorben**

Aktualisiert 20.09.2022



**Ohne den SUV gäbe es
Porsche nicht mehr**

19.09.2022



**Die
wichtigsten
Daten und
Fakten zum
Coronavirus
weltweit in
Grafiken**

Aktualisiert 19.09.2022

KURZMELDUNGEN

**Polizei-News
aus Zürich:
Mann flüchtet
vor
Polizeikontrolle
und zündet
sich selbst an –
jetzt ist er
wegen
zahlreicher
Delikte
angeklagt**

Aktualisiert
19.09.2022



**So
verbreiten
sich die
Affenpocken
weltweit**

Aktualisiert 19.09.2022

**Opernhaus
Zürich: Das
Herz einer
Frau bringt
Wotan um
die Fassung**

19.09.2022 

PODCAST

**Albanien?
Warum das
kleine Land
ins Visier von
Cyberkriegern
geriet**

vor 3 Stunden 

**Porsche
kommt am
29.
September
an den
Finanzmarkt:
die
wichtigsten
Antworten
zum
Börsengang
des Jahres**

Aktualisiert 
19.09.2022